

DIE RHEINPFALZ

NEUSTADTER NACHRICHTEN

Unabhängige überparteiliche Zeitung für



Politik, Kultur, Wirtschaft, Heimat und Sport

Redaktion u. Verlag in Neustadt a. d. Hdt., Kellereistr. 12-16. Tel. 2561-65. Geschäftsstellen in: Ludwigshafen, Amtsstr. 8, Tel. 2471 u. 2490; Landau, Schulhof 5, Tel. 2502; Bergzabern, Königstr. 118, Tel. 105; Speyer, Roßmarktstr. 38, Tel. 2653; Frankenthal, Bahnhofstr. 27, Tel. 2180; Grünstadt, Hauptstr. 2, Tel. 333; Bad Dürkheim.

Kurgartenstr. 20, Tel. 550. — Hauptgeschäftsstelle Westpfalz in Kaiserslautern, Pariser Str. 14, Tel. 49, 127 u. 406; Geschäftsstellen in: Pirmasens, Teichstr. 11, Tel. 2320; Zweibrücken, Gutenbergstr. 26, Tel. 535; Kusel, Marktstraße 32, Tel. 565; Rockenhausen, Gutenbrunnenstr. 1, Tel. Nr. 43. — Die Zeitung erscheint jeden Werktag.

Jahrgang 6, Nr. 18

Samstag, 21. Januar 1950

Einzelverkauf 15 Pfg.

Neues in Kürze

Bonn. Die Bundesregierung will das Münzregal von der Bank deutscher Länder übernehmen.

Sofia. Sieben Mitglieder des bulgarischen Politbüros der Kommunistischen Partei wurden vom Zentralkomitee ihrer Posten entbunden.

Sofia. Bulgarien wird der Einladung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag nicht Folge leisten, an der Prüfung der britischen Beschwerde, Bulgarien halte die Menschenrechtsklausel des Friedensvertrages nicht ein, teilzunehmen. Die Sofioter Regierung gehört der UN nicht an und hat daher den Internationalen Gerichtshof nicht anerkannt.

Washington. In der amerikanischen Hauptstadt wird mit dem Aufhören der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Bulgarien gerechnet. Bulgarien hat die Abberufung des amerikanischen Gesandten in Sofia verlangt.

Washington. Das amerikanische Repräsentantenhaus sprach sich gegen eine Gesetzesvorlage aus, die die Gewährung einer Wirtschaftshilfe in Höhe von 60 Millionen Dollar für Südkorea vorsah.

Boston. Der frühere Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte, Admiral Denfeld, will im März in den Ruhestand versetzt werden. Der Admiral war von Präsident Truman im Oktober letzten Jahres seines Postens als Oberbefehlshaber entbunden worden.

Hongkong. Nach Hongkonger Pressemeldungen hat die chinesische Regierung einen Delegierten für die UN und den Weltfriedensrat ernannt.

Bau von 250 000 Wohnungen für 1950

Bonn (DPA). Der Entwurf eines ersten Wohnbaugesetzes wurde auf der Kabinettsitzung am Freitag von der Bundesregierung gebilligt und dem Bundesrat übermittelt. Der Entwurf sieht den Bau von 250 000 Wohnungen im Jahre 1950 vor und soll am 1. März in Kraft treten. Die Finanzierung ist nach Ansicht unrichtiger Regierungstellen in Bonn gesichert. Von den vorgesehenen 2,5 Milliarden DM sollen 750 Millionen DM von Kreditanstalten, Sparkassen und Versicherungen, 400 Millionen DM aus Bundesgeldern und der Rest aus ERP-Fonds und Finanzbeständen der Länder, Kreisen und Gemeinden entnommen werden.

Franco kann Dollar-Kredite bekommen

Eine Erklärung des amerikanischen Außenministers

Washington (DPA). Die USA sind bereit, Spanien für bestimmte, wirtschaftlich zu rechtfertigende Projekte Dollarcredite zu gewähren, heißt es in dem Schreiben des amerikanischen Außenministers Acheson an den Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Senator Connally. Die nächsten Schritte für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und Spanien müßten aber von Spanien ausgehen. Dabei könnten die Spanier damit rechnen, daß ihre Vorschläge für Kreditgewährungen mit demselben Maßstab gemessen werden wie die irgend eines anderen Landes.

Außenminister Acheson hat außerdem erklärt, daß die Vereinigten Staaten sich für eine Resolution bei den Vereinten Nationen einsetzen wollen, durch die es jeder Regierung freigestellt werden soll, wieder volle diplomatische Beziehungen mit Franco-Spanien aufzunehmen. Die Haltung der USA bedeutet nach der Darstellung Achesons keine Billigung des Franco-Regimes.

Kritik an dem Freispruch

Paris (DPA). Der Freispruch der deutschen Generale Petersen, Schiele und Wiese durch das Pariser Kriegsgericht wird in Pariser Linkskreisen stark kritisiert. Der sozial-

Bonner Vertreter bei der Wellenkonferenz

Rundfunkgesetz in Vorbereitung, aber noch nicht akut

Bonn. Wie der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Rundfunk, Film und Presse, Dr. Vogel, in Bonn erklärte, befinden sich verschiedene Gesetzesentwürfe über ein Rundfunkgesetz in Vorbereitung. Die Dinge sind im Augenblick noch nicht akut, weil nicht abzusehen ist, was bei der Kopenhagener Konferenz am 15. März d. J. für Deutschland herauskommen wird.

Wenn sich nicht zehn Staaten finden, die gegen die Kopenhagener Beschlüsse des Jahres 1948 über die Neuverteilung des Wellenplans Einspruch erheben, dann dürfte die Situation auf dem Gebiet des Rund-

Auf dem heißen Boden der Pfalz

Minister Süsterhenn's Rede in Wachenheim - Der politische Faktor von Rheinland-Pfalz

KvK, Wachenheim (Eig. Bericht). Anlässlich des Mittagessens, das Staatsminister Dr. Süsterhenn der Justiz, den Behörden-Vertretern und den Präsidenten der wichtigsten Organisationen in Wachenheim gab, hielt der Minister eine kurze grundlegende Rede, der die Existenz des Landes Rheinland-Pfalz zugrunde lag und das brennende Problem der Saarfrage. Minister Süsterhenn verstand es in der ihm eigenen humorigen Weise von seiner Heimat Köln ausgehend, die Verbindung zum Lande Pfalz zu schaffen, die, wie er sagte, heute ein heißer Boden sei. Denn hier liefen die Dinge zusammen, die heute grundlegend in der Politik von Bedeutung sind. Von der Erkenntnis durchdrungen, daß das Land wohl ursprünglich ein Behelfsheim darstellte, das in seiner Existenz aber den fränkischen Stamm umschloß, dürfte man nicht vergessen, daß Menschen, die in einem Behelfsheim wohnen, wohl ursprünglich angenommen hatten, bald in eine richtige Wohnung zu ziehen, aber nun doch zunächst in ihrem Behelfsheim zu verbleiben hätten. Aus diesem Grunde dürfe man dieses Behelfsheim nicht verwahrlosen lassen. Es müßte ihm das Dach gelassen werden und bei Notwendigkeit auch repariert werden, ungeachtet der Tatsache, daß vielleicht einmal ein Umzug vorstünde. Wenn auch der Art. 29 des Bonner Grundgesetzes den neugebildeten Staaten die Möglichkeit lasse, im freier Abstimmung einmal zu entscheiden, in welche neue Wohnung sie ziehen wollten, so sei doch jede territoriale Aenderung vor Abschluß des Friedensvertrages unmöglich.

Minister Süsterhenn ging auch auf die Frage des Südweststaates ein und meinte, zu Bürgermeister Reichert gewandt, er wolle zwar diesem keinen Wermutstropfen in seinen Wein gießen, aber er müsse doch feststellen, daß die Frage des Südweststaates im Augenblick nicht Gegenstand der Realisierung sein könnte, da auch diese bis zum Abschluß des Friedensvertrages zurückgestellt sei. Er meinte weiter, daß man den

kleinen Wohlstand durchaus nicht unterstützen dürfe, der beharrlich seinen Weg ginge und dem starke Sympathien wegen seiner Einfachheit und Korrektheit entgegenströmten.

Minister Süsterhenn verwahrte sich gegen Ansprüche, die von anderen Ländern auf Gebiete unseres augenblicklichen Staates gestellt würden und verwahrte sich gegen den letzten Anspruch, den Ministerpräsident Stock von Hessen angemeldet habe. Auf den Erlaß der Beamtentreue anspielend, stellte der Minister endlich fest, daß dieser eine Notwendigkeit gewesen wäre, schon deshalb, um den verantwortlichen Minister im Bundesrat nicht wie einen Anwalt ohne Mandanten bezeichnen zu müssen, als der er sich manchmal vorkäme, weil durch die vielerlei Attacken, die gegen den Bestand von Rheinland-Pfalz geführt würden, den Vertretern dieses Landes fast das moralische Recht abgesprochen werde, es zu vertreten.

Zum Schluß streifte der Minister das Saarproblem und erklärte, daß auch hier gerade Rheinland-Pfalz eine Aufgabe zukomme, nämlich die, in dem Streit der Meinungen, die auf der einen Seite den Anspruch der wirtschaftlichen Zugehörigkeit zu Frankreich betrifft und auf der anderen Seite die politische Zugehörigkeit zu Deutschland als Realität betont, ein gewichtiges Wort mitzureden hätte, da gerade der fränkische

Stamm dieses Landes eine Ausgleichsmöglichkeit darstellen könnte zwischen der Verschiedenheit der Auffassungen der beiden Partner. Nur in gegenseitiger Harmonie könne dieses Problem gelöst werden zum besten von Europa und dem Frieden. Auf dieses Ziel leerte der Minister mit seinen Gästen das Glas.

Besorgnis in Wien

Wien (DPA). Die Andeutung aus Washington, daß die Westmächte gegebenenfalls ohne die Sowjetunion am österreichischen Staatsvertrag weiterarbeiten würden, hat in Wien überrascht und einige Besorgnis ausgelöst. Aus dem USA-Außenministerium war am Donnerstag verlautet, daß die Vereinigten Staaten „geeignete Maßnahmen zur Wiederherstellung der österreichischen Freiheit und Unabhängigkeit“ erwägen, nachdem die bisherigen Bemühungen um einen österreichischen Staatsvertrag erfolglos waren.

Protest der Volkskammer

Berlin (DPA). Die Volkskammer der Sowjetzone will in einer Note an den amerikanischen Kommandanten von Berlin gegen die Besetzung des früheren Reichsbahndirektionsgebäudes im amerikanischen Sektor durch Westberliner Polizei protestieren.

McCloy ist orientiert

Adenauer berichtete über sein vertrauliches Gespräch mit Robert Schuman

Bonn (DPA). Bundeskanzler Dr. Adenauer berichtete gestern auf der Kabinettsitzung ausführlich über seine Aussprache mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy der am Freitag seine Reise nach den USA angetreten hat. Der Bundeskanzler betonte, daß er noch einmal Gelegenheit genommen habe, den deutschen Standpunkt in der Saarfrage ausführlich klarzulegen. Er habe den amerikanischen Hohen Kommissar eingehend über das vertrauliche Gespräch mit dem französischen Außenminister Schuman unterrichtet. Ueber die strittige Saarfrage muß nach Ansicht des Bundeskanzlers erst einmal eine gewisse Zeit vergehen, „damit sich die Gemüter beruhigen“. Die Westmächte sollten bei der Lösung dieser Frage alle Interessen berücksichtigen und keine einseitigen Maßnahmen dulden.

Ein Regierungssprecher sagte, daß Dr. Adenauer dem amerikanischen Hohen Kommissar keine Vermittlungsvorschläge überreicht hat. — Dr. Adenauer habe wohl seinen Standpunkt wiederholt, daß Gespräche über die Saargruben und Industrien unter europäischem Aspekt — ähnlich wie bei der Behandlung des Ruhrstatuts — gesehen werden müßten. Er habe auch auf den Ernst eines

Eintritts der Bundesrepublik in den Europarat hingewiesen und betont, daß dies eine Angelegenheit des Bundestages sei. Ein Beitrag zum Europarat könne nur auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses im Bundestag erfolgen.

Noch nicht offiziell unterrichtet

Koblenz (Eig. Drahtmeld.) Bisher ist die Landesregierung von Rheinland-Pfalz von alliierter Seite noch nicht offiziell unterrichtet gewesen, daß die Verlegung des Sicherheitsamtes nach Koblenz erfolgen werde. Auch die Bundesregierung, die das große Bauvorhaben finanzieren soll, hat die Landesregierung noch nicht unterrichtet.

Wir erfahren nunmehr durch die Staatskanzlei, daß die Bundesregierung bereits am 17. Januar eine Entscheidung getroffen und sich zur Uebernahme der Baukosten in Höhe von 17 Millionen bereit erklärt hat. Dieses Schreiben, dessen Eingang in Koblenz nunmehr erwartet wird, gibt der Landesregierung davon Kenntnis, daß ihr vom Bund ab 1. Juni eine Million und laufend jeden Monat vier Millionen D-Mark zur Verfügung gestellt werden, um das Bauvorhaben beschleunigt durchführen zu können.

Staatsempfang nicht ohne Folgen

FDP-Vorsitzender nicht eingeladen — Rüge wegen „Disziplinosigkeit“

(Drahtbericht unserer Koblenzer Redaktion) Koblenz. Der Staatsempfang für Bundespräsident Prof. Dr. Heuß, der in Koblenz veranstaltet wurde, zeitigte zwei Nachspiele. Einmal wandte sich der Landesvorstand der Freien Demokratischen Partei mit einem Protestschreiben an die Regierung und beklagte sich darüber, daß der Vorsitzende der Partei in Rheinland-Pfalz, Dr. Friedrich Dohr (Trier), keine Einladung erhielt. In dem Schreiben wird von einer gewissen Absicht, die FDP bei besonderen Gelegenheiten auszuschließen, gesprochen.

Das Landtagspräsidium, das die Einladungen ausgab, erklärte, von der Einladung der Parteivorsitzenden sei deshalb abgesehen worden, da die Parteien durch die eingeladenen Landtags- und Bundestagsabgeordneten vertreten waren.

Trotz des Beschlusses der Fraktion und des Sekretariats der KPD in Rheinland-Pfalz, dem Staatsempfang fernzubleiben, nahm der kommunistische Abgeordnete Leo Schieder in seiner Eigenschaft als Mitglied des Landtagspräsidiums dennoch an dem Staatsempfang teil.

Die Folge war eine Rüge, die er vom Sekretariat seiner Partei erhielt und in der

ihm Disziplinosigkeit vorgeworfen wird. Nur weil er seine Verfehlungen einsehe, sei von härteren Maßnahmen gegen ihn abgesehen worden, heißt es in der Erklärung des Sekretariats.

Schieder billigte in einer eigenen Erklärung die Rüge des Sekretariats, sieht ein, einen politischen Fehler gemacht zu haben und versichert, Loyalität zu sein und es auch zu bleiben.

Im Ministerrat beschlossen

Koblenz (Eig. Drahtmeld.) Ministerpräsident Altmeier gab in einer Rede auf dem Bezirksparteitag in Trier gestern bekannt, daß der Ministerrat in seiner letzten Sitzung die Aufhebung der Wohnraumabgabe und der Weinabgabe ab 31. März dieses Jahres beschlossen habe und entsprechende Gesetze dem Landtag in seiner nächsten Sitzung zugehen lassen werde.

Damit folgt die Regierung den Anträgen, die die Fraktionen der CDU und SPD gestellt haben und beseitigt zwei Steuern, die in Rheinland-Pfalz als sehr drückend und unangenehm empfunden werden

Zur Lage

Veränderter Kurs

ppd. Während der letzten Zeit hat die amerikanische Außenpolitik still und ohne großes Aufsehen zu erregen, eine bemerkenswerte Kursänderung durchgeführt. Bis zum Spätherbst des letzten Jahres befolgten die USA eine Politik der „zwei Wege“ wie dies Außenminister Acheson einmal formulierte.

Auf dem einen Weg versuchten die USA, einen engen Zusammenstoß mit dem Sterlingblock herzustellen. Die britische Stellung innerhalb des Marshallplanes sollte dabei als andersgeartet gegenüber denjenigen Kontinentaleuropas behandelt werden.

Der zweite Weg lief auf einen wirtschaftlichen Zusammenschluß, die sogenannte „Integration“ Westeuropas hinaus, wobei England nur bedingt einbezogen werden und Frankreich die führende Rolle übernehmen sollte.

In Paris war man zunächst verärgert darüber, daß Großbritannien innerhalb des Marshallplanes bevorzugt behandelt werden sollte. Dann wieder fühlte sich der Quai d'Orsay sehr geschmeichelt, als Frankreich von der USA der Vorrang vor Deutschland zugesichert und ihm in Aussicht gestellt wurde, sozusagen als „Treuhänder“ der USA in die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen zu Bonn eingeschaltet zu werden.

Nun aber trat eine Aenderung der amerikanischen Politik ein. Das äußerlich sichtbare Zeichen war die Ankündigung des Rücktritts von George Kennan, des Leiters der Planungsabteilung im State Department und Vorkämpfer der Politik der „zwei Wege“, die nunmehr von Washington verlassen wurde. Die USA erstreben gegenwärtig weder einen engen Zusammenschluß mit den Ländern des Sterlingblocks, noch gewähren sie Frankreich eine Vorrangstellung innerhalb Westeuropas.

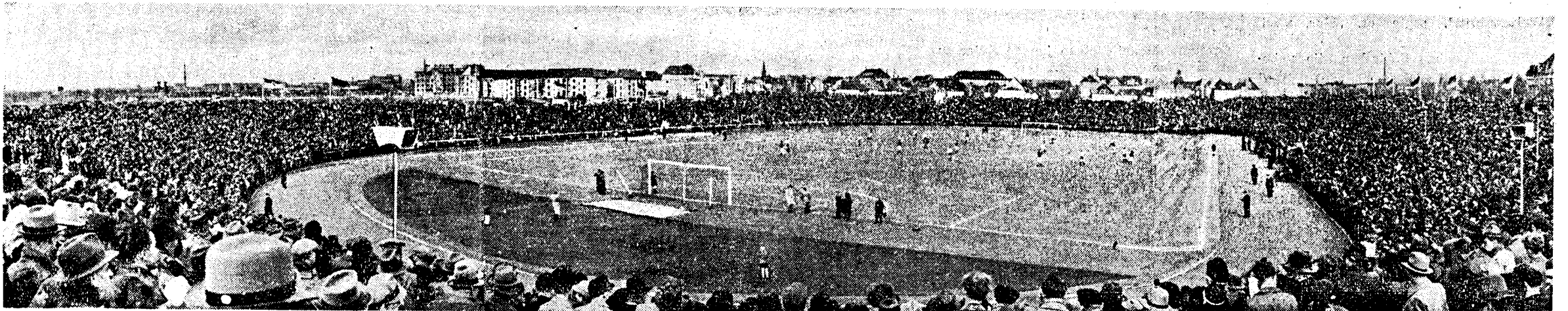
Die Politik westeuropäischer Staaten, durch regionale Zusammenschlüsse, wie sie unter den Namen „Fritalux“ und „Uniscan“ bekanntgeworden sind, einer westeuropäischen Zusammenarbeit näher zu kommen, bildete ein kurzes Zwischenspiel. Die „Fritalux“ starb eines schnellen Todes angesichts der Preisgabe der amerikanischen Politik der „zwei Wege“ und der Forderung des amerikanischen Sonderbotschafters für den Marshallplan, Harriman, an Stelle regionaler Absprachen eine wirtschaftliche Gesamteinigung unter Einbeziehung Englands in Westeuropa anzustreben. Eine Parole, die zugleich auf den neuen Kurs der USA verweist.

Entgegen den amerikanischen Empfehlungen hält England an regionalen Abkommen fest. London arbeitet weiter an der Verwirklichung des „Uniscan“-Projektes und hofft, eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Schweden, Norwegen und Dänemark zustande zu bringen. Es hat sich inzwischen gezeigt, daß die Verwirklichung des Planes von der Frage einer Einbeziehung Westdeutschlands, die vor allem von Schweden als notwendig erachtet wird, nicht zu trennen ist. London hat sich deshalb entschlossen, diese Frage in positivem Sinne zu erörtern. Die gegenwärtigen Verhandlungen zwischen britischen und skandinavischen Vertretern sollen dazu dienen, die Frage einer Einbeziehung Deutschlands in die „Uniscan“ noch vor Beginn der deutsch-englischen Handelsbesprechungen zu klären.

Es zeigt sich damit interessanterweise, daß das britische „Uniscan“-Projekt durch ein Eingehen Englands auf die Wünsche seiner kleineren Partner hinsichtlich der Beteiligung Deutschlands Erfolgsaussichten hat. Die Schwierigkeiten, welchen die „Fritalux“ von Anfang an gegenüberstand, resultierten im wesentlichen daraus, daß sich Frankreich und Italien dem gleichen Wunsche widersetzen. Durch eine solche Entwicklung der Dinge ist die Vorrangstellung Frankreichs illusorisch geworden — anscheinend sogar mit der stillschweigenden Billigung der USA.

Theaterfusion abgelehnt

Mannheim (Eig. Bericht). Die Theaterkommissionen der Städte Mannheim und Heidelberg haben die von den Theater-Sachverständigen des Deutschen Städtetages vorgeschlagene Fusion der beiden Städtischen Bühnen abgelehnt. Selbst bei schärfster Einsparung von Material und Personal bliebe für Mannheim ein Zuschußbedarf von 1,2 Millionen gegen vorher 1,5 Millionen und für Heidelberg 0,6 Millionen gegen vorher 0,9 Millionen. Beide Institute bleiben demnach getrennt, werden sich allerdings durch gegenseitige Austausch-Gastspiele unterstützen.



Diesen imposanten Anblick wird am Sonntag das „Rheinstadion“ in Ludwigshafen wieder bieten, wenn sich die Auswahlmannschaften von Süwest und Hamburg im Vorendspiel um den Pokal des Deutschen Fußball-Bundes gegenüberstehen. Rund 60 000 Zuschauer werden zu diesem sporlichen Großereignis erwartet und das Interesse der ganzen deutschen Fußballwelt konzentriert sich auf diese Begegnung.